

Meinungen werden zum verstummen gebracht

**Journalisten und Buchautoren, die nicht die Mainstream-Meinung vertreten, werden zunehmend zum Verstummen gebracht. Sehen Sie selbst wie das in der Praxis geschieht**

Der Vorsitzende des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Voßkuhle, äußerte sich im Januar 2016 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk über die Asyl-Praktiken der Bundesregierung. In den vergangenen fünf Jahren ist „eine Sensibilität dafür eingetreten, dass man Regelungen nicht immer durchsetzen kann“ und „Verträge weit ausgelegt werden“. Doch halt! Wenn rechtliche Regelungen und Verträge nicht mehr bindend sind, was ist dann überhaupt noch an Rechtsstaatlichkeit vorhanden? - Papst Benedikt XVI. beschrieb im Jahr 2011 solch einen Zustand bei einer Ansprache im deutschen Bundestag mit den Worten des Kirchenvaters Augustinus: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“
Wie in Deutschland Meinungen zum Verstummen gebracht werden zeigen folgende Beispiele: Seit Bestsellerautor Thorsten Schulte aus Gewissensgründen die CDU verließ und die Politik der deutschen Regierung und der Europäischen Union kritisierte, wurde er in den Medien immer mehr diskreditiert. Nachdem sein neuestes Buch „Kontrollverlust“ Anfang August 2017 in die Spiegelbestsellerliste aufgenommen wurde, erhielt er kurz darauf eine polizeiliche Vorladung wegen übler Nachrede.
Noch härter traf es Michael Stürzenberger, Autor der Internetplattform PI-News, der im August 2017 zu einer sechsmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt wurde. In einem Facebook-Bericht ging Stürzenberger auf die Allianz zwischen Hitler und arabischen Staaten ein und postete dazu ein Foto, in dem auch ein NSDAP-Mann mit Hakenkreuzbinde erkennbar war. Obwohl es allgemein üblich ist, bei historischen Berichten über den Nationalsozialismus auch Bilder mit solchen Emblemen zu zeigen, wurde Stürzenberger eben dafür verurteilt. Aus diesem Grund hört man zunehmend besorgte Stimmen aus unserem Nachbarland Polen über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Kommentatoren eines polnischen Senders stellten fest, dass es in Deutschland immer weniger Demokratie gebe und das Land sich immer mehr einer „totalitären Diktatur“ annähere. Polen beabsichtigt deshalb den Fall Stürzenberger vor den Europäischen Rat zu bringen.
Der ehemalige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner betonte deshalb einmal: „Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit“.

**von gap; pag**

**Quellen:**

<http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/benedict/rede/250244>
<http://www.deutschlandfunk.de/verfassungsgerichtspraesident-vosskuhle-man-muss-das.1818.de.html?dram:article_id=342992>
<https://www.youtube.com/watch?v=Hb5vS_kQhJs>
<http://www.pi-news.net/polens-regierung-bringt-stuerzenberger-urteil-vor-europaeischen-rat/>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

---

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.